

Preußische Gesetzsammlung

1937

Ausgegeben zu Berlin, den 1. März 1937

Nr. 4

Tag

Inhalt.

Seite

13. 2. 37. Verordnung über die Festsetzung der Diäten für die Anwärter (-innen) auf Oberschullehrer (-innen)-Stellen (Lehramtskandidaten [-innen]) in der Besoldungsgruppe A 4 a (Dienstbezüge der Mittelschullehrer)	11
Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	11
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsbücher veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	12

(Nr. 14366.) Verordnung über die Festsetzung der Diäten für die Anwärter (-innen) auf Oberschullehrer (-innen)-Stellen (Lehramtskandidaten [-innen]) in der Besoldungsgruppe A 4 a (Dienstbezüge der Mittelschullehrer). Vom 13. Februar 1937.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Angleichung der Besoldung der unmittelbaren Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten vom 17. Januar 1936 (Gesetzsammel. S. 3) wird mit Wirkung vom 1. April 1936 folgendes bestimmt:

Einziger Paragraph.

Die Diäten der Anwärter (-innen) auf Oberschullehrer (-innen)-Stellen (Lehramtskandidaten [-innen]) an höheren Schulen — Anlage 5 zum Reichsbesoldungsgesetz — betragen:

im 1. und 2. Diätendienstjahr	2500 RM;
im 3. und 4. Diätendienstjahr	2800 RM;
im 5. Diätendienstjahr	3100 RM.

Die Anwärterinnen erhalten die Diäten um 10 vom Hundert gekürzt.

Berlin, den 13. Februar 1937.

Der Preußische Finanzminister.

In Vertretung:

Landfried.

Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzsammel. S. 597 —).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 20 vom 26. Januar 1937 ist eine von dem Minister des Innern für das Preußische Staatsgebiet erlassene Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 23. Januar 1937 über die Ein- und Durchfuhr von Tieren für Zoologische Gärten und Tierparke veröffentlicht worden.

Berlin, den 13. Februar 1937.

Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsammel. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Dezember 1936
über die Genehmigung zur Neufassung der Satzung der Landschaftlichen Bank der Provinz Schleswig-Holstein
durch Sonderbeilage zum Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 4, ausgegeben am 23. Januar 1937;
2. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 5. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Wehrmachtstiskus) für Kasernenbauten in der Gemarkung Kreckow
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 4 S. 19, ausgegeben am 23. Januar 1937;
3. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 6. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Bergwitzer Braunkohlenwerke, A. G. in Bergwitz, zur Erweiterung des Kohlenfeldes der Grube „Roberts Hoffnung“ in der Gemarkung Piezschau, Gemeinde Reuden,
durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 3 S. 15, ausgegeben am 16. Januar 1937;
4. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 7. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Landgemeinde Landskron zum Neubau eines Schulgehöfts einschließlich eines Sportplatzes
durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg (Pr.) Nr. 4 S. 13, ausgegeben am 23. Januar 1937;
5. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 14. Januar 1937
über die Genehmigung eines Nachtrags zu den Verordnungen, betreffend das Rittershaftliche Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg,
durch das Amtsblatt der Regierung in Lüneburg Nr. 5 S. 15, ausgegeben am 30. Januar 1937;
6. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 19. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Wehrmachtstiskus) für Reichszwecke in der Gemarkung Soest
durch das Amtsblatt der Regierung in Arnsberg Nr. 5 S. 11, ausgegeben am 30. Januar 1937;
7. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Januar 1937 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Kassel für:
 a) die Anlage eines Aufmarsch- und Sportgeländes in dem Gebiete zwischen der General-Scheffer-Straße, der Giesenallee und der Kassel-Waldkappeler Bahn;
 b) die Herstellung einer Straße zur Umgehung des Ortsteils Kassel-Niederzwehren im Zuge der Reichsstraße Nr. 3;
 c) die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Reichsstraße Nr. 3 (Frankfurter Straße) und der Reichsstraße Nr. 83 (Nürnberger Straße)
durch das Amtsblatt der Regierung in Kassel Nr. 6 S. 22, ausgegeben am 6. Februar 1937;
8. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Berlin für den Bau eines Verwaltungsgebäudes und für Straßenbauzwecke in der Stralauer Straße
durch das Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin Nr. 13 S. 35, ausgegeben am 13. Februar 1937;
9. der Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 29. Januar 1937
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Wehrmachtstiskus) für Kasernenbauten in der Gemarkung Kreckow
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 6 S. 35, ausgegeben am 6. Februar 1937.